

Ja zum Regio-Plan, aber ohne Vorrang für den Windpark

Zudem: Dritten Abschnitt nicht gefährden

Seligenstadt (mho) ■ Regionalplan und Regionaler Flächennutzungsplan schön und gut - aber bitteschön ohne die umstrittenen Vorrangflächen für Wind- und Energieanlagen und auch ohne Festlegungen, die den Bau des dritten Umgehungsabschnitts behindern könnten. Auf diesen knappen Nenner lässt sich die Position der Seligenstädter Stadtverordnetenversammlung im Zuge der erneuten Anhörung und Offenlegung des übergeordneten Planungsentwurfs bringen.

Dem diesen Positionen zugrunde liegenden Magistratsentwurf stimmte das Plenum bei den meisten Aspekten einstimmig zu. Das gilt unter anderem für die Wiederaufnahme des Symbols Grünfläche (Festplatz, Grillplatz, Sportanlage) auf dem Gelände des ASC Anglerruh oder den Verzicht auf die Ausweisung des Grundstücks Frankfurter Straße 98 als „Sondergebiet SO-Einkauf“.

Auch bei den Umgehungsproblematik herrschte große Einigkeit: In den Unterlagen sollen keine Hemmnisse kultiviert werden, die dem Verlauf des dritten Abschnitts der Umgehung, die Wiesbaden als „vordringlichen Bedarf“ festgelegt hat, entgegen stehen.

Lediglich beim ewigen Zankapfel Windpark schieden sich in der Stadtverordnetenversammlung die Geister. Mit Blick auf die hinlänglichen Contra-Argumente Wirtschaftlichkeit, nicht ausreichendes Windaufkommen, öffentliche Belange/Verun-

staltung des Orts- und Landschaftsbilds, Grundwasserschutz, Forstwirtschaft/Erholungswald, Naturschutz und Landschaftspflege oder Fledermausvorkommen lehnte CDU-Politiker Michael Rickert ein Windpark-Projekt auf Seligenstädter Markung rundweg ab. Er rief damit den Protest der Grünen und den des SPD-Politikers Michael Hollerbach hervor. Mit Verweis auf eine Stellungnahme des Bundesverbands Windenergie (wir berichteten) widersprach Hollerbach Magistrats-Vorlage und Rickert, behauptete Windenergie lasse

sich auch in kleinem oder kleinsten Rahmen sinnvoll nutzen. FDP-Chef René

Rock sagte, beim Thema Windpark sei der CDU die Natur „als williger Helfer der Politik willkommen.“ Dagegen ignoriere sie die Belange von Natur oder Tierwelt in schöner Regelmäßigkeit dann, wenn sie ihren politischen Zielen im Wege stünden.

Kritik gab's freilich auch in Richtung Magistrat. Weil dieser beim Thema Siedlungspolitik seine Stellungnahme aus dem Jahr 2007 hinsichtlich der damals nicht berücksichtigten Punkte - und das waren alle - „inhaltlich voll aufrecht erhalten“ hat, erntete das Kollegialorgan allgemeines Kopfschütteln. Die damaligen Angaben - Ausweisung mehrerer Baugebiete und Aufstockung der Bevölkerungszahl auf 25 000 - sei schon damals abgelehnt worden, weil die Stadt keine Begründung mitgeliefert habe, tadelte SPD-Politiker Dieter Burkard.

Siedlungspolitik: Kritik am Magistrat
